

Bürgerbegehren ein Irrtum?

Interview mit dem Sprecher des IHK-Mittelstandsnetzwerks

■ **Homburg.** Das Kasseler Verwaltungsgericht hat gesprochen, der Eilantrag zum Stopp des Kaufs der ehemaligen Dörnbergkaserne wurde abgelehnt. Die Initiatoren des Bürgerbegehrens hatten bezüglich der Kostendeckung keine eindeutigen Angaben gemacht, die im Begehren zu nennenden stellvertretenden Vertrauenspersonen nicht eindeutig benannt (wir berichteten) und nicht auf mögliche Pachteinnahmen für die Stadt in Höhe von 75.000 Euro hingewiesen, kritisierte das Gericht. Eine Beschwerde gegen den Urteilsspruch lässt es aber zu.

Extra-Tip: Warum meinen Sie, dass das Bürgerbegehren evtl. auf einem Irrtum beruht? **Altrichter:** Weil mir viele Bürger im Gespräch und in Diskussionen gesagt haben, dass sie ganz wichtige Dinge nicht gewusst haben. Ich konnte mir von Anfang an eigentlich nicht vorstellen, dass mündige Bürger, die alle wesentlichen Informationen haben, das Bürgerbegehren unterstützen und damit gegen den Kasernenkauf sind.

ET: Welche Informationen meinen Sie?

Altrichter: Nicht einmal der Kaufpreis von nur 1,3 Millionen und die Tatsache, dass bereits zirka die Hälfte des Kaufpreises durch Vorverträge mit Investoren wieder hereinkommt, waren zum Teil bekannt – geschweige, dass die bereits vom Land Hessen (falls erforderlich) 3,5 Millionen Euro Zuschüsse für die Infrastruktur in Aussicht gestellt wurden.

Die bereits erfolgte Untersuchung des Geländes auf Altlasten und deren Ergebnis laut BIMA, nichts gefunden zu haben, war nicht bekannt. Sollten noch Altlasten gefunden werden würde die BIMA da-

für gerade stehen.

Es wurde auch nicht darüber informiert, dass der Kaufpreis in vier Jahresraten gezahlt werden kann.

Ein solches abgesichertes und risikoloses Projekt würde sich jeder Unternehmer wünschen. Ein Unternehmer muss ständig viel größere Risiken eingehen um zu überleben.

ET: Waren die Stadtverordneten nicht ausreichend informiert?

Altrichter: Soweit mir bekannt ist, standen sämtliche Protokolle der Sitzungen allen Stadtverordneten zur Verfügung. Sie waren sogar in den Ausschüssen und Arbeitsgruppen vertreten und haben die Investoren sogar vorgeladen und befragt. Auch die BIMA hatte mit allen Stadtverordneten verhandelt. Trotzdem kamen wiederholt die Aussagen, man wäre nicht informiert. Die SPD hätte ganz sicher auch nicht zugestimmt, wenn sie nicht informiert gewesen wäre.

Es könnte natürlich auch ein Versuch gewesen sein, so schon einmal Wählerstimmen zu mobilisieren. Ein Schelm, wer böses dabei denkt.

Wenn diese notwendigen Informationen bewusst nicht an die Bürger weitergegeben worden sind und hinter der von den bekannten Aktivisten losgetretenen Aktion Partei-engezänk, Missgunst, Profilierungssucht oder einfach nur Neid stünde, weil SPD und CDU sich einmal einig waren, wäre dies – ich benutze die Worte von Herrn Böling in der Stadtverordneten-sitzung vom 30. August – „erbärmliche Politik und erschütternde Trickserei“ und hätte so kein Bürgerbegehren gerechtfertigt.

Ich hätte mir seinerzeit ein Bürgerbegehren gewünscht, als das Krankenhaus abge-

schaft wurde. Aber da haben die jetzigen Akteure geschlafen. Das wäre gut für Homburg gewesen.

ET: Könnte es sein, dass die Bürger vorschnell unterschrieben haben, weil Homburg unter den Rettungsschirm soll?

Altrichter: Der als „Negativgespenst“ dargestellte Rettungsschirm ist nicht schlecht für Homburg, sondern gut. Wir befinden uns in bester



IM INTERVIEW MIT ALWIN ALTRICHTER

Gesellschaft. Zum Beispiel Berlin und Bremen leben schon seit Jahrzehnten hervorragend unter dem Rettungsschirm. Es handelt sich hier um den Länderfinanzausgleich, in den Hessen im vergangenen Jahr knapp zwei Milliarden Euro eingezahlt hat. In Kürze werden in unserer Nachbarschaft auch Kassel und Borken unter den Rettungsschirm schlüpfen. Homburg wäre töricht, wenn man nicht auf diese Hilfen von knapp 16 Millionen Euro zurückgreifen würde.

So werden von den Akteuren wieder einmal notwendige Weichenstellungen für die Zukunft Hombergs zunächst verhindert und verzögert. Investoren werden verärgert und geschädigt. Die Nachbarstädte im Schwalm-Eder-Kreis sind da viel weiter und haben bereits jetzt den Weg für entsprechende Entwicklungen für die Zukunft geplant. Homburg braucht ebenfalls entsprechende Entwicklungsmöglichkeiten im Interesse unserer Kinder, der nachfolgenden Generation und um für Neubürger attraktiv zu bleiben. Das geht nicht

ohne neue Arbeitsplätze. Wir müssen schließlich mit dem demographischen Wandel fertig werden und stehen hier im harten Wettbewerb zu anderen Orten.

Ich empfehle den Bürgern, die wirklich etwas für Homburg tun wollen und nicht von eventuell gekränkten Eitelkeiten fehl geleitet werden möchten, den Verein „Bürger für Homburg e. V.“ Ansprechpartner ist Gerhard Grebe, Telefon: 05681 / 3900. Hier können Sie wirklich etwas für Homburg tun. Was diese Leute leisten ist vorbildlich und die Mitwirkung macht sogar Spaß.

**Mit Alwin Altrichter sprach
Redaktionsleiter Gerald
Schmidt-kunz.**

Anm. d. Red.: Der offizielle „Sachstandsbericht Konversion“ soll gemäß Beschluss Nr. 3 der Sitzung vom 12. Juni 2012 auf der nächsten öffentlichen Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag, 27. September, ab 19.00 Uhr im Dorfgemeinschaftshaus Sondheim unter Punkt 8 bekannt gegeben werden.